

1 5-PUNKTE PLAN FÜR DEUTSCHLAND

2 BETRIEBE UND BÜRGER ENTLASTEN,

3 ENERGIESICHERHEIT HERSTELLEN

4 BESCHLUSSVORLAGE FÜR DEN MIT-BUNDESVORSTAND AM 26. AUGUST 2022

5
6 Deutschland befindet sich in einer tiefgreifenden Krise. Die Preise für Energie und
7 Rohstoffe explodieren, Lieferketten brechen, die grassierende Inflation frisst Kaufkraft und
8 führt zur Entwertung von Spareinlagen und Betriebsrücklagen, der Investitionsstandort
9 Deutschland verliert jeden Tag an Attraktivität, der Angriffskrieg auf die Ukraine stellt die
10 Weltwirtschaftsordnung vor eine Zerreißprobe. Bürger, Wirtschaft und Politik in unserem
11 Land stehen vor großen, zum Teil existentiellen Herausforderungen. Die Ampel hat keine
12 Antworten. Es fehlt ein Plan für die Sicherstellung von bezahlbarer Energie. Die bisherigen
13 Entlastungspakete greifen zu kurz. Das Flickwerk der Ampel hat mit einer strukturellen
14 Entlastung nichts zu tun. Es wurden viele Strohfeuer gezündet. Eine einmalige
15 Energiepreisgeldpauschale, die dann auch noch versteuert werden muss, hilft weder
16 Betrieben noch Rentnern oder Studenten. Und das 9-Euro-Ticket war zwar beliebt,
17 entlastete aber weder dauerhaft noch hilft es den Menschen auf dem Land. Es fehlen
18 strukturelle Entlastungen. Bürger und Betriebe haben Sorge, viele inzwischen Angst vor
19 dem Winter. Dabei liegen die Lösungen auf dem Tisch. Dreh- und Angelpunkt sind die 3,5
20 Millionen Betriebe in Deutschland mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Davon
21 sind mehr als 95 % klein- und mittelständisch. Mit ihrer Kompetenz, Kreativität, Qualität
22 und Leistungsfähigkeit kann das Land die Krise überwinden. Der Staat muss sie aber auch
23 machen lassen. Sie wollen keine Almosen.

24
25 Wir wissen: Der Staat kann nicht alle Inflationsfolgen auffangen. Aber zurzeit kassiert der
26 Staat bei jedem Inflationssprung mit. Diese Gewinne muss er zur Entlastung von Bürgern
27 und Betrieben zurückgeben. Diese Leistungsträger brauchen gezielte Entlastung und
28 Planungssicherheit, um ihre Kräfte entfalten zu können. Der Mittelstand braucht einen
29 Befreiungsschlag, ein Entfesselungspaket – sofort und unkompliziert.

30
31 Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion fordert:

32 33 1. Gas- und Speicherumlage stoppen

34
35 Die Gasumlage ist ein nicht durchdachter und handwerklich dilettantischer Schnellschuss
36 der Ampel. Es hat ein Chaos mit Ansage ausgelöst. Die Umlage war von
37 vornherein vollkommen intransparent. Die Mehrkosten von Gasimporteuren aus aller
38 Herren Länder werden nahezu ungebremst auf Bürger und Betriebe umgelegt. Diese
39 einseitige Risikoverlagerung von 90 % der Kosten setzt nicht nur marktwirtschaftliche
40 Mechanismen außer Kraft. Sie führt zu einer europäisch einmaligen Mehrbelastung von
41 Betrieben, die damit ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Ob mit oder ohne Umsatzsteuer
42 ist dabei für die vorsteuerabzugsberechtigten Betriebe irrelevant. Für diese ist die
43 Umsatzsteuer lediglich ein durchlaufender Posten. Spätestens seit Veröffentlichung der
44 Empfänger einer solchen Umlage ist diese endgültig nicht mehr erklärbar. Hauptprofiteure
45 sind vor allem Konzerne im In- und Ausland, die von steigenden Energiepreisen profitieren.

46 Der Mittelstand zahlt, die Konzerne profitieren. Bitten des Bundeswirtschaftsministers
47 allein, auf diese Zuflüsse zu verzichten, reichen nicht. Die Gasumlage muss gestoppt
48 werden. Auch die Speicherumlage von 0,059 Cent/kWh, die ebenfalls zusätzlich und
49 pauschal alle Endverbraucher belastet, lehnen wir deshalb ab.

51 **2. Kalte Progression abschaffen – Einkommenssteuertarif anpassen**

52
53 Das Gebot der Stunde lautet Entlastung für Bürger und Betriebe. Der Bund muss dafür
54 sorgen, dass mehr im Geldbeutel der Menschen bleibt. Dafür muss die sogenannte
55 Kalte Progression abgeschafft werden. Allein für 2022 werden sich die Mehreinnahmen aus
56 der Kalten Progression voraussichtlich auf mehr als 10 Milliarden Euro belaufen. Der Staat
57 darf nicht Profiteur der Krise sein. Durch eine Anpassung der Einkommenssteuertarife
58 hätten Arbeitnehmer, viele Betriebe und ein Teil der Rentner mehr Netto vom Brutto.
59 Zurzeit wird nämlich jede Gehalts- und Rentenerhöhungen von der kalten Progression
60 nahezu geschluckt. Der Einkommenssteuertarif muss deshalb sofort und rückwirkend zum
61 1. Januar 2022 an den Anstieg der Verbraucherpreise angepasst werden. Die
62 entsprechenden Pläne von Bundesfinanzminister Lindner für 2023 kommen zu spät. Mit
63 dem Abbau der kalten Progression hätten Arbeitnehmer, Selbstständige und Rentner mehr
64 Netto vom Brutto. Davon würden rund 2,3 Millionen Einzelunternehmen und 450.000
65 Personengesellschaften profitieren. Und es könnte damit der Gefahr einer Lohn-Preis-
66 Spirale begegnet werden.

67
68 Und für die Zukunft muss der Einkommensteuertarif zeitnah und regelmäßig an die
69 Inflation angepasst werden ("Tarif auf Rädern").

71 **3. Berufstätige spürbar entlasten – Kilometergeld auf 0,60 Euro/km anheben**

72
73 Leistung muss sich lohnen. Zurzeit stellt aber jede Tankfüllung ein Minusgeschäft für
74 Pendlerinnen und Pendler dar. Durch eine Ausweitung und Erhöhung der Pendlerpauschale
75 würden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich fleißig nach wie vor jeden Tag
76 auf den Weg zur Arbeit machen, entlastet. Die Entfernungspauschale muss deshalb auf
77 einheitlich 0,60 Euro/km ab dem ersten Entfernungskilometer angehoben werden. Auch
78 Erstattungen von Arbeitgebern für beruflich veranlasste Fahrten ihrer Mitarbeiter mit dem
79 privaten Fahrzeug müssen mit 0,60 Euro pro gefahrenem Kilometer steuerfrei sein. Die
80 Entfernungspauschale kommt dabei allen steuerzahlenden Berufstätigen zu
81 Gute. Berufstätige sollten unabhängig von der Wahl des Fahrzeugs von der
82 Entfernungspauschale profitieren. Die bisher geltende Deckelung für Kosten des
83 ÖPNV muss gestrichen werden.

85 **4. Energiesteuern auf EU-Mindestmaß senken**

86
87 Die Energiesteuern auf Strom, Flüssiggas, Erdgas und Heizöl übersteigen in Deutschland
88 das Niveau in Europa deutlich, zum Teil exorbitant. Anders als bei der Mehrwertsteuer auf
89 die Gasumlage ist die europäische Rechtslage klar: Es gibt von der EU
90 vorgegebene Mindestsätze, auf die die nationalen Steuern sofort und
91 unkompliziert reduziert werden könnten. Ein Beispiel: Alle Stromkunden in Deutschland
92 zahlen aktuell 2,05 Cent/kWh Stromsteuer. Europarechtlich zulässig wären 0,05 Cent/kWh
93 für Unternehmen und 0,1 Cent/kWh für private Haushalte. Beide würden somit
94 um rund zwei Cent pro verbrauchter Kilowattstunde spürbar entlastet. Auch bei den
95 anderen Energieträgern sieht die Situation ähnlich aus.

	Steuerbelastung in Deutschland	EU-Mindestmaß	Zusätzlicher Belastungsfaktor
Strom (Haushalte)	2,05 Cent/kWh	0,10 Cent/kWh	20,5
Strom (Unternehmen)	2,05 Cent/kWh	0,05 Cent/kWh	41
Erdgas (Haushalte)	9,36 Euro/MWh	1,08 Euro/MWh	8,67
Erdgas (Unternehmen)	9,36 Euro/MWh (bis 31.08. 2022)	0,54 Euro/MWh	17,33
Flüssiggas	125,00 Euro/1.000kg (bis 31.08.2022)	0,00 Euro/1.000kg	-
Heizöl	130,00 Euro/1.000kg	15,00 Euro/1.000kg	8,67

97

98 Mit einer sofortigen Reduzierung dieser Energiesteuern würden Betriebe und Bürger
99 spürbar entlastet. Energie würde wieder bezahlbar. Und es gäbe mehr
100 Wettbewerbsfähigkeit und Planungssicherheit für die Betriebe in Deutschland.

101

102 5. Energiepotentiale in Deutschland voll ausschöpfen – Ideologien über Bord werfen und 103 rationale Lösungen entwickeln

104

105 In Krisenzeiten, in denen jede Kilowattstunde Gas und Strom zählt, müssen zum Erreichen
106 von Energiesicherheit und auch Preisstabilität alle bestehenden inländischen Möglichkeiten
107 zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt werden. Hierzu gehören u.a. der Weiterbetrieb
108 von Kernkraftwerken, die Aufhebung der Maximalproduktionsgrenze bei Biogas und die
109 Abschaffung von Zulassungshindernissen bei der Installation von PV-
110 Anlagen. Planungsverfahren für den Aufbau von LNG-Terminals und die
111 Energieinfrastruktur insgesamt müssen in der Spitze, aber auch in der
112 Breite massiv beschleunigt werden. Die Bundesregierung muss mit einer unabhängigen
113 Expertenkommission aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ideologiefrei und
114 technologieoffen einen kurz-, mittel und langfristige Plan zur Energiesicherheit in
115 Deutschland erarbeiten. Wasch- und Duschtipps sowie Türöffnungsregeln helfen weder
116 Bürgern noch Betrieben.